



Deutsche Vereinigung  
für Datenschutz e.V.

Bonn/Kiel, 20. Juni 2000

## **"Endlich Bewegung bei Datenschutzrechts-Novelle!"**

Am 14. Juni beschloss das Bundeskabinett den Entwurf einer Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

Vom 15. bis 18. Juni berieten die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit VertreterInnen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Verwaltung über eine Generalüberholung des deutschen Informationsrechtes. Hierbei soll es neben einer Modernisierung des gesamten Datenschutzrechtes auch zur Einbringung eines Informationszugangsgesetzes (IFG) kommen.

### **Stellungnahme:**

Dazu erklärt der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD), Dr. Thilo Weichert:

"Nach mehr als 10 Jahren Stagnation und Agonie in der Datenschutzgesetzgebung und nach zwei Jahren rot-grüner Irritationen kann es nur begrüßt werden, dass Deutschland endlich fit gemacht werden soll für ein Informationszeitalter, in dem sich der Alltag - von der Freizeit bis zum Electronic Commerce - für immer mehr Menschen immer mehr im Internet abspielt.

Es hat sich gezeigt, dass das Fehlen von Datenschutz und Transparenz, also von Vertrauenswürdigkeit, ein Haupthindernis für die elektronische Kommunikation und für noch größere Steigerungsraten der Informationswirtschaft ist.

Mit der Anpassung des BDSG an europarechtliche Anforderungen in einer ersten Stufe und der ebenso überfälligen Anpassung an die technischen Gegebenheiten zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es zwei erste Zeichen dafür, dass die Politik endlich zu verstehen beginnt, dass Grundrechtsschutz eine elementare Voraussetzung einer freiheitlichen Informationsgesellschaft ist.

Der Bundesgesetzgeber muss nun die erste Datenschutznovelle schleunigst beraten, damit diese am 1. Januar 2001 in Kraft treten kann.

Die nächsten politischen Hausaufgaben sind ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, die Totalrevision der Datenschutzinstrumente in einer zweiten Stufe, ein Gesetz zur Auditierung informationstechnischer Produkte und Verfahren und - zwecks demokratischer Transparenz - ein Informationszugangsgesetz.

Gelingen dem Bundesgesetzgeber diese Vorhaben in dieser Legislaturperiode, so wird sich die Informations- und Kommunikationswirtschaft wegen hoher Akzeptanz in der Bevölkerung ungehindert entfalten; sozialverträgliche Techniken können sich zum deutschen Exportschlager auf dem globalen Markt entwickeln.

Unsichere Produkte, z.B. von Microsoft, muten wegen ihrer totalen Undurchschaubarkeit schon heute wie Dinosaurier - viel Masse und wenige Hirn - der ersten Generation an.

Die bisherige - auf mangelnder Problemerkennung beruhende - technikfeindlichen Verweigerungspolitik ließ diejenigen macht- und rechtlos, denen die Informationstechnik dienen soll - die Menschen. Dieser Prozess muss, kann und soll offensichtlich umgekehrt werden. Besonders zu begrüßen ist, dass die Regierungskoalition hierbei eine große Koalition mit Wirtschaft und Opposition anstrebt. Wer diesem Angebot nicht folgt, wird im Informationszeitalter abgehängt werden".